



AKRÜTZEL

JENAS FÜHRENDE SENIORENZEITUNG

Die Presse gegen
Thomas Gottschalk

Antrag gegen
städtisches Schändern

Behördlich geduldete
Gegenlautstärke

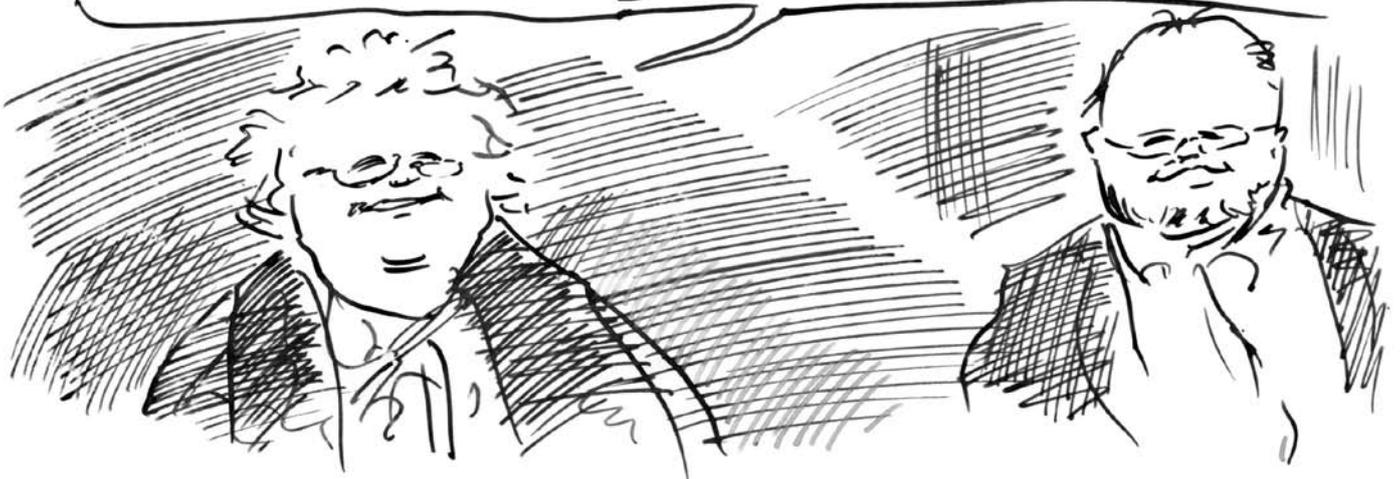
Alle finden es seltsam, dass ausgerechnet der Bereich, mit dem sie zu tun haben, so sehr von unfassbaren Erscheinungen des Verfalls betroffen ist

Aber so insgesamt stehen wir doch im Vergleich immer noch ganz gut da!



Stadtgespräch

Meinungsfreiheit ist immer auch die Meinungsfreiheit der anderen, aber die müssen eben mit Gegenwind rechnen.



Ganz klar: Eine Deppinnenstadt braucht Deppinnensprache

Die Gegenpartei hat im Stadtrat beantragt, dass in der offiziellen Stadtsprache nicht mehr geschändert werde. Also keine Verwendung von Deppinnensternchen, Idiotinnendoppelpunkten, Grüninnenunterstrichen und dergleichen.

Dabei beruft sich der Antragsteller darauf, dass die Mehrheit der Bevölkerung so was ablehne.

Das ist sehr steuerbordvulgaristisch gedacht. Darum geht es ja, der Mehrheit ein herrschaftliches Sprech aufzuzwingen, das vor Dämlichkeit strotzt, aber nicht infragegestellt werden darf, ohne die geballte aggressive Dummheit des linksgrünen Blocks abzukriegen.

Es geht darum, die Bürger zur Dummheit zu zwingen und intellektuell zu erniedrigen. Also ob in Sprache etwas „sichtbar gemacht“ werden könnte. Man muss ja wissen, was gemeint sein soll, genauer gesagt muss man wissen, was man denken soll, was angeblich gemeint sein sollte; niemand sieht in den falschen Zeichen irgend-

welche Geschlechter, nicht die beiden, die es gibt, und nicht die ersponnenen einer akademisch-korrupten Subventioniertenkaste. Das Deppinnensternchen ist der Sowjetstern des Grünen Reiches, das geistige Armutzeugnis der Jusos, die es für eine Teilnahmebescheinigung halten. Denn es sagt: Schaut, Leute, hier werden Dummheitsaktivisten bezahlt, und zwar von euch!

Die Mentalität, die inzwischen eingerissen ist, ist die, dann zu sagen: ja fein, zu denen will ich auch gehören. Ausgewachsene Menschen glauben, der Sprechakt der Bezeichnung des Quatsches als geschlechtergerecht erzeuge Geschlechtergerechtigkeit.

Darum hat die Stadtbevölkerung verdient, was sie kriegt. Wer sich erzählen lässt, es müsse ja niemand so sprechen, übersieht – schon nicht mehr ungewollt – den totalitären Charakter der Ambition, denn dies sagen die hochbekifften Solidarischen nur solange, wie sie noch nicht die Macht ha-

ben, es durchzusetzen. Man soll ihnen dankbar sein, nicht auch noch zur Verwendung gezwungen zu werden, sofern man bei Hofe nicht mehr aufsteigen möchte. Man wird aber schon gezwungen, es sich anzuhören und anzusehen, und wer das mit sich machen lässt, gibt den Mächtigen die Macht, die sie erschleichen wollen.

Die Gewalt zur Sprachverhuzung geschieht ohne jegliches Mandat, von demokratischem Mandat ganz zu schweigen. Es ist schon die Machtdemonstration selbst, was als Signal gegeben werden soll. Jedes Schändersprechzeichen ist ein Klatschen ins Gesicht des freien mündigen Bürgers.

Darum ist es ganz wichtig, dass die Stadt in ihren offiziellen Sprach- und Schriftstücken unmissverständlich zum Ausdruck bringt: Ja, wir sind das verkommene durchkorrumpierte Stück Abschaum des Herrschaftsmilieus, hier spricht die Partei! Fügen Sie sich! Sonst werden Sie gefügt! ●

Die Lokalpresse kann doch noch schurkische Missstände aufdecken

Wir sind ja wirklich erfreut und vermelden es auch gern, wenn die Lokalzeitung sich was traut und einen von krimineller Energie getriebenen skandalösen Vorgang thematisiert, wie es der gesichert gemäßigte Frank Döbert, für den der Nachruf größer ausgefallen wäre, hätte er linke Schläger aktiviert, mit der Diamantenaffäre um Kulturamts-Zipf geleistet hat.

Nun deckt die Lokalredaktion einen Fall von Geldkartenwäsche auf, der leider kein Einzelfall ist. Um den Inhabern von Bezahlkarten Bargeld zu verschaffen, tauschen Linksgrüne die Waren gegen Geld, was den Sinn der Bezahlkarte unterläuft und unsere Demokratie angreift. Die grünlinke Ausbeuterklasse kommt sich auch noch gut, auf jeden Fall besser, vor, wenn sie das von anderen Menschen ganz klimaschädlich erarbeitete Geld vom Staat verschleudert, auch das bringt der Artikel zum Ausdruck.

Also, mal Zeit zum Dankesagen, es geht doch, liebe Journalisten, weiter so! ●

90er-Party

Zweitausend Besucher frequentierten die 90er-Jahre-Party in der Einkaufspassage. Die Neunziger sind Kult, weil sie das Jahrzehnt waren ohne durchgehend gleichgeströmte Medien, ohne Meldestellen für abweichende Meinungen und ohne Phänomenbereich Staatsdelegitimierung.

Streitbares Original

Manch einem wird es so ergeben, sehr überrascht zu sein, wenn er da, wo er hinkommt, auf echte Nazis trifft.

Gratisroster

Zusammen mit dem US-Generalkonsul briet der Oberbürgermeister vierhundert Rostbratwürste und verteilte sie kostenlos an vierhundert Bürger. Die Jenaer waren hauptsächlich gekommen, um zu sehen, wie der Oberbürgermeister doch noch einer wertschöpfenden Tätigkeit nachkommt.

Probeernstfall

Im Jagdbergtunnel probten hunderte Rettungskräfte den Einsatz in einem Notfall. Der Testlauf gelang, so dass sichergestellt ist, dass schon mal dieser geprobte Ernstfall nicht eintritt.

Kein Asbest

Die Sporthalle in Lobeda-West sieht aus wie Asbestbau und wurde geschlossen, die Tests haben aber keine Asbestfasern in der Luft gefunden. Das bedeutet, alle Asbestfasern wurden schon eingeatmet.

Caféwende

Das Café Salü im Paradies ist insolvent, oder zeitungsgeschäftlich gesagt befindet sich die Cafészene im Paradies im Umbruch. Schade ist besonders, dass ausgerechnet jetzt keine Pandemie ist, die durch so was in den Griff gekriegt würde.

Wiedereröffnung

Die im Sommer geschlossene Tischtanzbar am Johannistor wurde unter neuem Management wiedereröffnet. Die Wiedereröffnung geschah passenderweise am Tag des Inkrafttretens des Selbstbestimmungsgesetzes; Gäste sind Menschen, die recherchieren, was eine Frau ist.

Amtsblatt

Der Oberbürgermeister hegt den Plan, das Amtsblatt mit einem redaktionellen Teil zu versehen. Dadurch könnten die Bürger erfahren, dass die Städtischen wirklich so sind, wie sie dachten. Für die Lokalpresse wäre es verblüffend zu sehen, dass es noch eingebetteter geht.



2000 Euro kostet die Hauseigentümer das Übermalen. Das Beschmieren wurde aus der Demokratieförderung bezahlt



Wie genau die Sprayfarbe finanziert wurde, ist natürlich nicht lückenlos dokumentiert, sicher ist nur, dass die Aktivisten sie nicht aus dem Lohn für ihre Erwerbstätigkeit selbst bezahlt haben. Es sei denn, die machen das hauptamtlich und die Kosten für Arbeitsmittel sind im Gehalt mit drin. Dann würden sie aber wieder sparsamer damit umgehen.

Zweitausend Euro fallen als Kosten für den Maler an, der die Hauswand neu streicht, und aus den Steuern können dann wieder die Aktivitäten der Aktivisten gegenfinanziert werden. So betreibt die Demokratie Eigenförderung.

Die Hauseigentümer werden weder eine Versicherung gegen Vandalismus noch Antifaschismus haben, die Versicherungen sind schon in die Geschichte verstrickt genug. Es wird auch nicht möglich sein, die Kosten denen in Rechnung zu stellen, die im Stadtrat oder im Landtag in diese Szene vernetzt sein sollen.

In welche politische Kriminalität das Beschmieren statistisch gezählt wird, ist auch nicht klar. Vermutlich in gar keine.

Man könnte sich jetzt noch Gedanken machen, wieso die Hauswand, zeitungdeutsch gesprochen, ins Visier der Antifaschisten gerät. Weil sie besser ist.

Herrje, wir wissen doch, wer die sind. Und wie. Haben nur Nazis im Kopf. Werden dafür bezahlt, sich besser zu fühlen als die Nächstschlechteren, was dann schon die Faschisten sind. Und wie schon Lenin definierte, ist Materie alles, was außerhalb des Bewusstseins existiert. Das Bewusstsein ist als antifaschistisch bezeichnet und gemäß Selbstbestimmung so definiert. Dann ist die Realität faschistisch.

Wäre nicht unser Problem ohne deren linksaggressive Gewaltaffinität.

Wie schon Henryk M. Broder sagte: „Sie sind nicht die Antifa, Sie sind die Fa.“ ●

Report

Das ging schnell; die Kandidaten für die Neuwahl stehen bereit

Obwohl von all denen, die sich im Wahlkampf als Kandidaten für den Bundestag präsentieren, nur die wenigsten hineingelangen, ist klar, dass zu viele von denen kein Parlament aushält und es dringend verkleinert werden muss. Das sehen die Parteien auch so, auch wenn sie das Problem hauptsächlich bei den Mitbewerbern ausmachen. Bei Posten bei Hofe mit überdurchschnittlicher Bezahlung und Altersversorgung besteht kein Mangel an Bewerbern, zumal unterdurchschnittliche Befähigung kein Nachteil ist. Demzufolge hat die Lokalredaktion verkünden können, dass unsere örtlichen Parteien schon so ihre Ideen haben, wenn sie als Direktkandidaten aufstellen oder aufgestellt kriegen.

Insofern könnte es überraschen, dass es immer genau ein Kandidat ist, der genannt wird, selbstverständlich unter Hinweis darauf, dass die Gremien entscheiden werden; hätte man doch auch einen internen Wettbewerb um die besten Köpfe mit den überzeugendsten Ideen und den stärksten Verankerungen in der Wählergunst erwarten können. Aber es wird schon hart genug, überhaupt die eigenen Leute zu vermitteln. Immerhin stehen unsere Politprofis vor der Schwierigkeit, nach drei Jahren desaströser Politik und vorzeitiger Sichtbarkeit der Regie-



ungskrise ihre Erfolge noch besser zu erklären.

Auch unter diesem Aspekt sei es ihnen nachgesehen, wenn sie den Termin zur Neuwahl nicht ganz so früh möchten, wie es die Wählerschaft in ihrer aufgeheizten Stimmung wollen würde. Für viele der Mandatsträger geht es hauptsächlich oder nur noch darum, ihre Unglaubwürdigkeit in Bezug zu jener der anderen zu setzen. So scheint Friedrich Merz den Deal eingegangen zu sein, keinen neuen Kanzler zu wählen, was ja

ginge. Er könnte Christian Lindner aufstellen, eine Mehrheit fände sich, Kemmerich würde gratu-



lieren. Merz braucht aber SPD und Grüne noch und muss sie als Koalitionabel erhalten.

Und eine Wahl im Winter würde nicht nur die Wahlkämpfer dem Risiko aussetzen, in der Kälte zu stehen, auch könnte bei winterlichen Graden, die im Winter immer noch drohen, weil ja Wetter ist, die Werbung mit der Rettung der Weltdurchschnittslufttemperatur noch weniger Wähler ansprechen. ●



Blöken for Palestine

Jena zeigt, wie der Nahostkonflikt friedlich und auf beiderseitiger Augenhöhe ausgetragen werden kann: mit zwölf Metern Abstand und 70 Dezibel. Das waren die Auflagen für die proisraelische und antiisraelische Doppel-demonstration auf dem Campus. Der Platz ist geeignet für so was, da kommen wenige vorbei aus der Bevölkerungsschicht, die die Steuern für die feministische Außenpolitik und die humanitären Hilfslieferungen für klimaneutrale Tunnel in Gaza erarbeiten.

Praktisch machte es sich so, dass ein Mehrfaches an Polizisten die Gruppen bewachten, besonders die eine, nämlich die andere, ohne in großstadttypische Szenen gezogen zu werden. Das proisraelische Grüppchen ließ etwas verlautbaren, was von den antiisraelischen Antipoden überblökt wurde. Passanten bekommen also den Eindruck, hier stehen die einen gegen die anderen, halal gegen kosher oder umgekehrt, bunte Vielfalt des Demonstrationsrechts für alle.

Wer Vergewaltigen, Abschlagen, Geiselnahmen, Geiseln ermorden für Widerstand hält, sollte unterdrückt werden. Das hätten die Proisraelischen sagen können und es wäre auch nicht gehört worden, sie sagen was Gemäßigtes über die Geiseln und die Hamas, man versteht es nicht wegen des Gegenlärms

der Antiisraelischen. Für unser tolerantes Medienwesen wäre also klar, jüdisches Leben ist noch immer in Deutschland wieder möglich unter Polizeischutz und die können doch alles sagen, was sie wollen, sie müssen eben mit Gegenwind rechnen.

Was die Gegenwinder bringen, ist inhaltlich bedeutungslos, sie brauchen nur zu übertönen. Wir sind mehr und wir sind laut, das ist sehr jenakompatibel. Eine Art von Musik kommt aus dem Gebläse, so ein palästinensisches Rammstein mit unklarer Botschaft, vielleicht ist es, was „Hyper! Hyper!“ auf Libanesisch heißt. Vielleicht ist es ein Juxarabisch wie das, wofür Helene Fischer gerade der Arabophobie geziehen wird.

Wenn man bedenkt, dass bei den Corona-Demonstrationen die Lautstärke penibel gemessen wurde und Übertretungen nicht geduldet wurden, ist man geneigt zu vermuten, so laut hätten die Querschwabler nicht werden dürfen. Die wollten aber auch kein Kalifat und nicht Israel vernichten. Jedenfalls kann es nie und nimmer sein, dass es versammlungsrechtlich korrekt war, als Gegendemonstration so gegenzulärmen, möglicherweise gerade noch bei den Wortbeiträgen, aber auf gar keinen Fall bei dem rhythmischen Doppelwumms, ob das nun die 70 Dezibel gewesen sein

mögen oder nur im Durchschnitt. Entweder wurde gegen die Auflage verstoßen oder die Auflage ist recht israelkritisch bemessen.

Das wollen wir selbstverständlich nicht nur herummurmeseln, sondern genau wissen, darum fragten wir die Jenaer Versammlungsbehörde, ob die Lautstärkeauflage absichtlich so erlassen wurde, dass die Proisraelischen überblökt werden.

Das wurde mal wieder im eigentlichen Sinne nicht beantwortet, obschon keine Antwort bekanntlich auch eine Antwort ist, aber welche? Wir hätten einfacher fragen sollen, die werden nicht nach intellektuellem Aufwand bezahlt, wir hätten Antwortmöglichkeiten zum Ankreuzen vorgeben sollen: Ja / Nein / Weiß nicht / Nichts von alledem.

Möglicherweise sind die internen Entscheidungswege so unergründlich, dass es nicht im öffentlichen Interesse wäre, sie darzulegen. Zumal es die Öffentlichkeit nichts angeht, wie in unserer Demokratie verwaltet wird. Und irgendwer ist immer beleidigt, man sollte lieber nicht die Spirale der Deeskalation unterbrechen in dieser aufgeheizten Stimmung.

Am wahrscheinlichsten ist, die Behörde möchte nicht offenbaren, dass ihr die antiisraelische Einseitigkeit bloß mal so unterlaufen ist. ●

Thomas Gottschalk hat das Wesentliche nicht verstanden

Wir beobachten und begleiten das Absinken des Journalismus, wobei wir immer nur einen Zwischenstand dokumentieren können.

Wenn das Signal gegeben ist, gegen wen es gehen darf, überbieten sich die Journalisten darin, der Pick-Party einen noch konformereren Beitrag hinzuzufügen. Pick-Party ist ein Phänomen aus der Hühnerhaltung; auf ein blutig gepicktes Huhn hacken alle anderen ein. Wobei wir nicht wissen, wozu wir uns Journalisten halten, Hühner legen Eier.

Aktuell ist es Thomas Gottschalk, gegen den es gehen darf, er hat mit seinem Buch einen, wie es zeitungssdeutsch heißt aber hier so nicht gesagt wird, Nerv getroffen, denn es regt Journalisten tierisch auf, wenn die These verbreitet wird, es gäbe neben dem Bereich des Sagbaren, in dem sie sich bewegen, noch einen anderen.

Die Kolonialmacht Funke-Gruppe lässt uns hier in der Region an dem ausgelösten Eifer gegen diesen Gestrigen teilhaben. Eine Redakteurin aus der Zentralredaktion lässt sich mehrspaltig aus über das Buch und den Mann, der ein alter weißer ist, wie auch andere recherchiert haben.

Gottschalk hatte sich aus dem Hauptprogramm verabschiedet mit der Begründung, er rede nunmehr im Fernsehen anders als zu Hause. Damit handelt er sich redaktionellen Gegenwind ein: Warum verzagt er, er wolle keinen Widerspruch, er hält sich für die Stimme der schweigenden Mehrheit, er erinnere an anstrengende alte Verwandte bei familiären Anlässen, solches Gegackere.

Wir erkennen indes einen Fehler, den Der Tommy begeht. Er will dazugehören, er möchte zu der intellektuellen Elite gehören oder wenigstens von ihr akzeptiert werden, wie es Günther Jauch

geschafft hat. Und das ist falsch. Das geht nicht, weil diese intellektuelle Elite nur selbstreferenziell ist, eine abgeschottete Blase voller Bekenntnis zu Vielfalt und Welt-offenheit. Wer etwas auf sich hält, hat da nichts zu suchen, auch nicht, um die Verbindung zu dem Mehrheitspublikum herzustellen. Das muss er nicht verstehen, aber er sollte sich von denen fernhalten. Das sind die, die über ihn herfallen, wenn er zeigt, dass man es mit ihm machen kann.

Und das zeigt er auch darin, dass er betont verständnisheischend schreibt, weil er irrig annimmt, Brücken bauen zu können für die jungen Zahmen zu seiner Generation. Brauchen die nicht und wollen die nicht.

So führt er aus, er fremdle mit den Namen der Fußballer und es werde wohl noch länger dauern, bis das Misstrauen gegen eine gefühlte Fremdartigkeit bei ihm und seiner Generation verschwunden sei.

„Man wünscht sich, dass er irrt“, schließt die Verfasserin ihre Betrachtung.

Man.

Was uns dazu veranlasste, um die Weiterleitung unserer Frage an sie zu bitten, ob sie diesen Wunsch als den einer schweigenden Mehrheit aufgeschrieben habe und woran sie selber merken würde, wenn man sie nicht mehr will.

Die alte weiße Frau hat nicht geantwortet, warum auch, für so was haben die alle keine Zeit. ●



Ob wohl der Ausgang der Anzeige, die der amtierende Minister als Privatperson gestellt hat, Auswirkungen auf ihn als Politiker hat?

Unser beschämender Umweltminister hat im Wahlkampf eine Anzeige erstattet, und zwar, wie betont wird, als Privatperson. Nicht als Regierungsmitglied und nicht als Teilvorsitzender der imbezilen Partei. Das beantwortet die Frage, was er in seiner Freizeit macht. Wie die Presse meldet, ist diese Anzeige „verworfen“ worden, die Staatsanwaltschaft Erfurt ermittelt nicht gegen die angezeigten Landessprecher der Gegenpartei, die er der Volksverhetzung verdächtigt hat, „weil er von dem Verband eine Gefahr für die Demokratie ausgehen sieht. Konkret ging es um ein Lied.“ Doch es liege laut einem Behördensprecher kein Straftatbestand vor.

Hätte der Minister nicht seine Parteifreundin, die Justizministerin, fragen können? Oh, ach, nein, kann er nicht. Kriegt er es eben von der Staatsanwaltschaft gesagt, kommt aufs selbe heraus, und die Justiz ist froh über jeden Fall, der nicht verhandelt werden muss.

Anlass der Anzeige sollen dem Wahlprogramm vorangestellte Textzeilen des Liedes eines Lyrikers gewesen sein, welcher der völkisch-nationalistischen Szene angehört habe und Teil der nationalistischen „Deutschen Kunstgesellschaft“ gewesen sei, so zitiert die Zeitung die Begründung.

Die angezeigte Partei reagiert parteimäßig,

an dem Gedicht sei „nichts Verwerfliches zu finden“. Alles andere hätte einen höheren Unterhaltungswert gehabt. „Klar ist das Gedicht verwerflich, damit wollen wir schließlich unsere Demokratie angreifen“, das wäre was.

Es geht nur mal wieder nicht um die Partei oder um die andere. Kein Volk wurde durch die Liedzeilen verhetzt, mögen sie nationalistisch sein, wir kennen sie nicht und kriegen sie nicht genannt. Wir können nur sicher sagen, dass kein zeitgenössischer Dichter und kein Parlamentspoet zur Verfügung standen, weil die alle anschlussfähig an den grünen Förderbrei sein müssen. Der amtierende Minister hält Vielfalt nicht aus. Alles, was ihm nicht anschlussfähig erscheint, ist zu ahnden, ob oberhalb oder unterhalb der Strafbarkeit.

Man täusche sich nicht; die im Wahlkampf konkurrierende Partei ist nur der nahegelegene Ansatz. Alles und jeder und jegliches, was

den grünen Souverän stört und die grünen Geschäfte zu stören droht, ist feindlich und somit rechtswidrig. Es gilt die gefühlte Rechtslage. Insofern geschah die Anzeige wirklich als privat gestellt.

Die Überzeugungskraft der Grünen erschöpft sich im Machthaben. Ohne Macht stehen sie mit leeren Händen da, aus denen die Höflinge doch gefüttert werden wollen.

Dass die Staatsmacht in der Demokratie ein Mandat bedeutet, das dadurch legitimiert ist, dass es auch anderen übertragen werden könnte und dass die Wahlangebote unterschiedlich sein müssen, verstehen alle mit einer Intelligenz oberhalb des Juso-Durchschnitts.

Hat der amtierende Minister also mal nur sich selbst blamiert als Privatperson. Was macht das mit ihm?

Das interessiert uns nur so weit, wie es uns etwas angeht, nämlich politisch. Hat der Ausgang der Anzeige eine Auswirkung auf ihn als Politiker? Dies fragten wir an bei der Pressestelle.

Zuständig wäre der ministerielle Pressesprecher logischerweise nur für den Fall, Ja zu bescheiden, und das sieht er genauso, er schreibt uns: „Streng genommen bin ich gar nicht zuständig. Es geht ja, wie Sie selber schreiben, um eine Anzeige durch die Privatperson. Deshalb kann ich auch verneinen.“ ●



IMPRESSUM

Rentnerisches Akrützel, Jenas führende Seniorenzeitung seit 2019

Initiative zur Förderung der Teilhabe Jenaer Senioren an der Informationsgesellschaft und Demokratie

Druck Kein Druck, nur Digitalvernetzung

Geplante Erscheinungsweise so regelmäßig wie möglich

Objektleitung, Diversity-Manager, ausführender ehrenamtlicher Redakteur mit Migrationshintergrund,

verantwortlich im Sinne des Presserechts der bekannte Karikaturist Bernd Zeller, Theo-Neubauer-Straße 9, 07743 Jena

Anregungen und Aufregungen an 0175-240 61 81 / Senioren-Akruetzel@web.de

Internetseite www.seniorenakruetzel.blogger.de

Was das Tricksen anbelangt, ist unsere versumpfte Täuschungspresse durchaus in der Lage dazuzulernen

Da waren wir kurz davor, in unserer bekannten und beliebten süffisant-angewiderten Art bei der TLZ-Redaktion anzufragen, ob „antisemitische Entgleisung“ Meinung oder Fakt sei. Davon nämlich war in der Schlagzeile die Rede zu einem Artikel von der Presseagentur, worin ein Interview des Virologen Hendrik Streeck in Focus allgemeingültig eingeordnet wurde, angesichts der Verhältnisse im Umfeld fast schon unverlogen und nur im herrschenden Sinne gerahmt, darin vergleicht er den Umgang mit Ungeimpften mit dem mit Juden in Zeiten der Pest.

Dieser Vergleich ist nicht völlig abwegig, auch wenn Pest und Corona nicht verglichen werden können, er überschätzt nur den Bildungsstand der Leser, er setzt voraus, dass man weiß, dass die Juden als Pest-Pandemietreiber gebrandmarkt und verfolgt wurden. Natürlich hätten die damaligen Juden es als Erleichterung empfunden, lediglich solchen Schikanen wie die Ungeimpften ausgesetzt gewesen zu sein.

Was also eine völlige Desinformation ist, das ist die Schlagzeile mit der Behauptung: „Streeck vergleicht Ungeimpfte mit Juden.“ Das hat er nicht, weder gewollt noch getan, und es ist auch nicht naheliegend, das so zu verstehen. Er vergleicht den Umgang, die Umgehenden. Die Redakteure und Rechts-

amtsleiter und Versammlungsbehördenleiter und Bürgermeister und Kabarettisten und Jena-solidarisch und Gastwirte und was noch alles sich bei Hofe einkorumpieren wollte und will. Klar, die wollen nicht verglichen werden mit den Hexenhammeraktivisten. Darum verschieben sie das Thema auf die Frage, ob der einen unerlaubten Vergleich angestellt hat mit Juden, ohne auf das Leid der Hamas aufmerksam zu machen, denn dann wissen alle, das ist der Bereich, wo einer als umstritten gilt.

Wie auch immer, es ist jetzt sein Problem, sich herauszureden, er

habe gar keine Juden verglichen und nicht die Coronapandemie relativiert, was auch immer.

Man braucht die Umgehenden aber nicht zu vergleichen, die sind das, die sind dieselben und die Gleichen. Was denken sie, was für welche damals die Funktionäre des Heiligen Römischen Reichs deutscher Nation waren? Genau solche. Es sind nur die graduellen Unterschiede auf der Seite des Staates, welche Möglichkeiten sie haben, aber keine in der persönlichen Ambition. Ein besseres Deutsch hatten die damals auch noch, aber sonst ist es dasselbe Polithaltungsmilieu.

Und wäre „antisemitische Entgleisung“ nun ein tatsächlicher Befund oder eine wertende Zuschreibung?

Weder noch, das haben wir rechtzeitig bemerkt, denn es heißt in besagter Schlagzeile „Antisemitische Entgleisung?“ Mit Fragezeichen. Man kann ja mal fragen. Im Artikel wird dann herumproblematisiert, ohne darauf einzugehen. Beim durchschnittlichen TLZ-Leser bleibt es so hängen wie zunächst bei uns. Und bei all denen, die davor bewahrt werden, sich selbst zu reflektieren.

Und damit kein Zweifel aufkommt, natürlich kommt der Gemeindepunkoberindianer, der hier nicht nur rauchen würde, sondern auch impfen, in den Himmel. Denn wenn Petrus ihn nicht hereinlässt, ist er Nazi. ●

DIE SPALTUNG DER
GESELLSCHAFT GEHT
NUN MAL IMMER VON
DENEN AUS, DIE
NICHT MITMACHEN.
IMMER.



Frage an den AKRÜTZEL-Briefkasten: „Robert Habeck will Kanzler werden, wie kann ich das verhindern?“

Eine Anfrage an den Akrützel-Briefkasten geht auch telefonisch wie in diesem Fall. Eine besorgte Bürgerin hatte erfahren, dass es nichts nützt, sich nicht für Politik zu interessieren. Dann kommen die Grünen zu dir.

Es ist schon richtig gedacht, sich zu fragen: Was kann ich tun? Es ist nur zu spät, den Anfängen zu wehren.

Die Grünen sind schlechte Menschen, die Falsches tun.

Über die Zusammensetzung der Parlamente wird nicht vom Souverän entschieden, sondern von denen, die an ihn die Rundfunkbeiträge bezahlen. Die können ja mal den Grünen aus Presse, Funk und Fernsehen einen Denkkettel verpassen, das ist so aussichtsreich, wie dem Mafiaboss den Kommentar zum Strafgesetzbuch zu schicken mit unterstrichenen Stellen, die ihn zum Nachdenken anregen sollen.

Von da, also den Medien, nicht der Mafia, kommt ja die Inszenierung des Schaukampfes Lindner gegen Scholz und Scholz gegen Lindner. Da ist dieser Robert Habeck der Unbescholtene. Der Unbeteiligte, die Figur desjenigen, der doch jetzt endlich können muss und gelassen werden sollte.

Während Olaf Scholz das Problem hatte, dass er die Maske des farblosen uncharismatischen Politikers, der nicht von Ideologie getrieben wäre, fallenlassen musste und sich als Linker zu erkennen gab, gibt es bei Robert Habeck nichts zu entlarven. Er ist der Hochstapler in Vertretung für die größenwahnsinnige staatstragende und vom Staat getragene Kaste, die sich die Deutungshoheit über die Bedeutung und die Zeichen und Signale gesichert hat und sich gegenseitig bestärkt, die Richtigen zu sein.

Christian Lindner hat überhaupt keine Deutungsmacht, ihm wird die Rolle des Verhinderers zugewiesen, und was will er machen.

Eine Umgestaltung ist abzusehen; wir werden erleben, dass die Titelbilder, die Kamala Harris gewidmet waren, auf Robert Habeck umgestaltet werden.

Er ist die Identifikationsfigur seiner Anhängerschaft, das muss man sich vergegenwärtigen, er ist

so, wie sie gerne wären, der, den es in jeder Grünen-Generation nur ein Mal gibt.

Für Robert Habeck wird es nur die Anforderung geben, damit umzugehen, dass er als Regierungschef den Titel Bundeskanzler Friedrich Merz überlassen muss. ●



Jenaer Impressionen



Fragen Sie den
Buchhändler Ihres Vertrauens
oder den anderen nach diesem
passenden Weihnachtsgeschenk!



LEUCHTENDES SCHWEIN



Das Qualitätsblatt unter den Presseprodukten

Wir spüren die Wirtschaftsflaute auch, aber wir nennen sie nicht so



Die Wirtschaft hat ihre Hausaufgaben nicht gemacht, dass spürt man an allen Ecken und Enden. Dann sparen die Menschen sogar beim Zeitungskauf. Das ist aber für uns kein Grund, die Wirtschaftspolitik schlechtzureden. Erstens wird sie davon auch nicht besser, und zweitens spielt man dann das Spiel der Spieler, die nur mitspielen, um das Spiel zu verderben.

Erstsemesterlinge sind überrascht zu erfahren, dass sie die ganze Zeit im verkehrten Geschlecht gewesen sind



Das hatten sie zwar schon als Schulstoff, dass sie von homophoben Eltern zur Welt gebracht wurden, aber nun haben sie es wissenschaftlich. Die Zahl Zwei ist ein gesellschaftliches Konstrukt, das erfunden wurde, um das Patriarchat kolonialistisch zu kapitalisieren. „Zum Glück studiere ich das im Überfach, das wird ja immer gebraucht in der Soziologie“, sagen die Erstis übereinstimmend und gehen voller Elan in die gute Laune.

Bündnis Jena-solidarisch demonstriert gegen Kochsalzlösungsschwurbler



Es gibt keine einfachen Lösungen, zum Beispiel keine Kochsalzlösungen in Krankenhäusern. Aber stimmt das überhaupt? Fakt ist, dass es schon immer keine Kochsalzlösung gegeben hat und darum auch nie ein Mangel bestand. Da ist die Wissenschaft eindeutig. Das interessiert nicht die Schwurbler, die sich die steuerbordvulgaristische Komplottfabel zueigengemacht haben, Kochsalzlösung wäre von essentieller Wichtigkeit. Im kulinarischen Bereich höchstens, also auch beim Krankenhausessen, aber nicht in der modernen Medizin.

Örtlicher Wähler setzt darauf, dass die Parteien wieder die realen Probleme in den Fokus nehmen



Die demokratischen Parteien haben ihren Denkkettel gelernt und nehmen sich wieder der echten Probleme der Menschen an, statt an abgehobenen Parteiideologien festzuhalten, da ist sich der örtliche Wähler sicher. „Dazu sind sie schließlich da, das haben sie vielleicht in den Regierungsphasen vergessen, aber nun haben sie doch erst mal wieder Wahlkampf und können sich darum kümmern, was wirklich los ist“, sagte er dieser Zeitung.